

Beschluss Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 26.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat im vergangenen Jahr die größte
- 2 Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Darüber hinaus
- 3 suchen wieder
- 4 mehr Menschen Schutz, die von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung in
- 5 Heimatländern wie
- 6 Afghanistan oder Syrien bedroht sind. Bund, Länder und Kommunen haben in den
- 7 zurückliegenden
- 8 Jahren hart daran gearbeitet, den Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu
- 9 geben und
- 10 sie zu versorgen. Insbesondere die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung der
- 11 Kommunen -
- 12 von den Bürgermeister*innen bis zu den Sachbearbeiter*innen - sowie die viele
- 13 Freiwillige
- 14 haben dabei Unschätzbare geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.
- 15
- 16 Gleichzeitig gilt: Seit 2022 hat Deutschland insgesamt rund 1,6 Millionen Geflüchtete
- 17 aufgenommen, davon rund 1,1 Millionen Menschen aus der Ukraine. Die Menschen
- 18 konnten bis
- 19 jetzt weitgehend gut in Ländern und Kommunen untergebracht werden. Mittlerweile ist
- 20 die
- 21 Situation jedoch in mehr und mehr Kommunen angespannt. Insbesondere dort, wo es
- 22 schon bisher
- 23 an Wohnraum fehlte, an Personal bei der Kinderbetreuung und in Behörden, sehen sie
- ihre
- Möglichkeiten derzeit erschöpft. Die Integrationsarbeit, soziale Infrastruktur und
- insbesondere die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter wird erschwert.
- Die
- vielen Ehrenamtlichen engagieren sich bereits seit vielen Jahren sehr intensiv.
- Aufgrund der
- Herausforderungen sehen wir es als unseren Auftrag, die Kommunen und die
- Zivilgesellschaft
- mehr und vor allem verlässlich bei Unterbringung, Versorgung und Integration zu
- unterstützen.
- Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen
- unterschiedlicher
- Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in
- der Lage
- waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen.
- Diese Einigung
- bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe
- zu

24 unterstützen: Einige Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des
25 Grundleistungsbezugs des
26 Asylbewerberleistungsgesetzes, finden wir grundsätzlich falsch. Das Vertrauen der
27 Menschen
28 in diesem Land in demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob und wie die
29 Herausforderungen angegangen werden. Wir wissen, dass wir Verantwortung für den
30 Zusammenhalt
31 im Land tragen. Unser Land kann diese Aufgabe meistern. Wir sind kompromissbereit,
32 aber mit
33 uns gibt es nur Kompromisse, die mit Menschenrechten vereinbar sind.

34 Dabei setzen wir in der Migrationspolitik auf Humanität und Ordnung. Diese bedingen
35 einander. Denn Humanität kann es dauerhaft nur mit geordneten Verfahren geben,
36 während
37 Abschottung zu Chaos führt. Es braucht klare Regeln, die den Menschen in Not helfen.
38 Die
39 Hilfe muss gleichzeitig vernünftig organisiert sein.

40 Deutschland ist aus gutem Grund grundgesetzlich, völkerrechtlich und historisch einer
41 Asyl-
42 und Migrationspolitik der Humanität verpflichtet. Deutschland als eines der größten
43 Aufnahmeländer Europas darf seine Verantwortung, Empathie und Menschlichkeit
44 nicht aufgeben.

45 Hinter jeder Zahl und jeder Statistik verbirgt sich ein Mensch, eine Familie, ein
46 Schicksal.
47 Die Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und fliehen beispielsweise
48 vor Krieg
49 und Vertreibung. Wir wollen Schutzbedürftigen helfen, unserer humanitären
50 Verantwortung
51 gerecht werden und hierfür auch sichere Fluchtwege gewährleisten.

52 Eine besondere Verantwortung haben wir für Menschen, die sich für Demokratie,
53 Rechtsstaatlichkeit oder Frauenrechte eingesetzt haben und dadurch nun zum Beispiel
54 in
55 Afghanistan in Gefahr sind. Auch unsere Ortskräfte lassen wir nicht zurück - sie zu
56 schützen
57 ist eine moralische und politische Verpflichtung. Deswegen hat die Bundesregierung
58 bereits
59 über 40.000 Aufnahmezusagen erteilt, von denen bisher über 30.000 einreisen
60 konnten. Darüber
61 hinaus wollen wir beispielsweise das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan
62 vorantreiben. Wir
63 arbeiten intensiv daran die Visaverfahren und Überprüfung ebenso zu beschleunigen,
64 wie die
65 Ausreise der betroffenen Personen mit Aufnahmezusage.

66 Wir wollen Menschen auch Möglichkeiten und Chancen bieten. Wir brauchen
67 Menschen, die zu uns
68 kommen und hier arbeiten wollen. Denn unsere Gesellschaft braucht Migration, unsere
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

99 Wirtschaft benötigt Fach- und Arbeitskräfte. Deshalb haben wir für erste
100 Erleichterungen
beim Zugang zum Arbeitsmarkt für bereits hier lebende Asylsuchende und eine

dauerhafte
53 Perspektive bis hin zur Staatsbürgerschaft in Deutschland gesorgt und wollen diesen
Weg
54 weiter gehen: Wir wollen Deutschland zu einem stabilen und gut funktionierenden
55 Einwanderungsland machen. Auch deshalb können wir es uns nicht leisten, dass
Menschen aus
56 anderen Ländern sich bei uns nicht willkommen fühlen.

57 Eine Politik wiederum, die das Heft des Handelns aus der Hand gibt, kommt ihrer
58 Verantwortung nicht nach und verliert die Akzeptanz der Bürger*innen. Wir wissen:
Steuerung,
59 Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie
Deutschland dazu.
60 Es braucht legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen
Festung Europa
61 einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits. Wir verteidigen das Grundrecht
auf
62 Asyl und unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention.
Wir
63 wollen aber nicht nur ein Bekenntnis abgeben, wir wollen diesen Anspruch
pragmatisch
64 umsetzen: Wir packen reale Probleme an und entwickeln tatsächliche Lösungen. Das
bedeutet:
65 Wir wollen Kapazitäten ausbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige
Strukturen
66 schaffen. Wir stehen für einen ehrlichen Umgang mit großen Herausforderungen. Wir
wollen
67 dafür sorgen, dass weniger Menschen nach Europa fliehen müssen und dass die
Schutzsuchenden
68 besser verteilt werden. So tragen wir dazu bei, dass die Herausforderung
rechtsstaatlich und
69 menschenwürdig bewältigt und gestaltet werden kann.

70 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf
Freizügigkeit
71 innerhalb Europas war und ist eine der größten Errungenschaften für das
Zusammenwachsen der
72 europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir dauerhafte und stationäre
73 Binnengrenzkontrollen ab. Sie lösen keine Probleme, belasten den Personenverkehr
der
74 Grenzregionen und schädigen die Wirtschaft. Zudem stellen sie eine enorme Belastung
für
75 unsere Polizist*innen dar, die an anderer Stelle dringender gebraucht werden. Deshalb
lehnen
76 wir sie ab.

77 Kurzum: Nur eine Politik, die Werte und Wirklichkeit verbindet, wird auf Dauer tragen.
Dafür
78 wollen wir selbstbewusst eintreten: Wir hören zu, nehmen Probleme ernst und setzen
uns für
79 eine rechtsstaatliche und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik ein, die
80 unseren Zusammenhalt stärkt und erweitert. Im Zentrum unserer Politik steht auch

hier der
81 Mensch in seiner Würde und Freiheit.

82 Wir wissen um die Tragweite unserer Entscheidungen. Jede vermeintliche Kleinigkeit
im
83 Regelwerk kann existenzielle Auswirkungen für Menschen haben. Als eine Partei, die
sich auch
84 für den Einsatz für die universellen Menschenrechte inklusive der Minderheitenrechte
85 gegründet hat, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stets dem Grundsatz der Humanität
verpflichtet.
86 Diese in eine Ordnung zu gießen, ist nun das Gebot. Wir suchen und geben Antworten,
die dem
87 Ernst und der Größe der Herausforderung angemessen sind, statt es uns mit einfachen
Antworten und unsachlichen Profilierungsversuchen leicht zu machen, wie es die
88 Populist*innen tun. Eine Obergrenze ist weder machbar noch rechtens noch human.
89 Wir sehen es
90 als unsere Aufgabe, die Gesellschaft zusammenzubringen. Wir stellen uns den zum Teil
91 rassistischen Debatten entgegen und stehen an der Seite derer, die unter ihnen
besonders
92 leiden.

93 Migration ist eine Gestaltungsaufgabe für die Politik - ob sie aus Furcht um das eigene
94 Leben geschieht oder auf der Suche nach einer guten Zukunft. Wir streiten ernsthaft
um den
95 richtigen Weg, auch stellvertretend für die Gesellschaft. In Demut vor der Aufgabe und
im
96 Wissen darum, dass es keine einfachen Lösungen gibt.

97 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für:**

98 **1. Kommunen unterstützen**

99 Wir wollen Städte und Gemeinden besser unterstützen, finanziell stärken und dabei
100 sicherstellen, dass die notwendigen Mittel zu ihrer Entlastung weitergegeben werden.
Es ist
101 gut, dass Bund und Länder bei der finanziellen Unterstützung einen wichtigen Schritt
102 vorangekommen sind. Dafür haben wir lange gekämpft. Als Teil der Ampelregierung
sorgen wir
103 für eine dauerhafte, ausreichende und strukturelle Finanzierung durch den Bund, die
die
104 langfristige Planungssicherheit für Länder und die Kommunen ermöglicht. Gleichzeitig
105 etablieren wir eine flexible Komponente, die Kommunen proportional zur Zahl der
106 Schutzsuchenden unterstützt. Nun ist klar: Wenn mehr Geflüchtete von einer
Kommune versorgt
107 werden, steigen auch die entsprechenden finanziellen Mittel. Außerdem wollen wir,
dass
108 Aufnahmekapazitäten dauerhaft erhalten bleiben und finanziell abgesichert werden.
Die von
109 der MPK eingesetzte Kommission zu Migration und Integration soll auch einen
Vorschlag
110 erarbeiten, wie ein langfristig zukunftsfähiges Finanzierungsmodell für eine gelungene

111 Unterbringung und Versorgung Geflüchteter aussehen kann. Die Stimmen der
112 Kommunen müssen
113 dabei Gehör finden. Außerdem wollen wir, dass Aufnahmekapazitäten dauerhaft
erhalten bleiben
113 und deren Vorhaltung finanziell abgesichert wird. Der Grundstein für Integration wird
in den
114 Kommunen gelegt. Hier müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen und
dauerhaft
115 erhalten werden. Diesen Weg gehen wir weiter und wollen auch dafür sorgen, dass
116 funktionierende Modellprojekte und Wege von Kommunen und Ländern Schule machen
und
117 bundesweiter Standard werden.

118 2. **Soziale Infrastruktur ausbauen**

119 Wir wollen unsere soziale Infrastruktur stärken und Investitionen auf den Weg bringen.
120 Bereits bestehende Probleme, die wir alle im Alltag spüren, nicht nur bei der Aufnahme
von
121 Geflüchteten, verstärken die Herausforderungen vielerorts: Unsere soziale
Infrastruktur muss
122 dauerhaft stärker und die Kommunen entsprechend ausgestattet werden. Der Mangel
an Wohnraum
123 oder die unzureichende Anzahl an Schul- und Kitaplätzen wurde in den letzten
Monaten noch
124 einmal deutlich. Dieses Problem ist keines, das wir allein für die Geflüchteten angehen
125 müssen, sondern für die gesamte Gesellschaft. Doch sind die Geflüchteten oft die
ersten,
126 denen die fehlenden Kapazitäten zu Unrecht angelastet werden. Klar ist: Es wurde zu
lange zu
127 wenig getan. Wir wollen deshalb in Wohnraum investieren und dafür sorgen, dass
insbesondere
128 mehr Wohnungen mit sozialer Bindung entstehen. Wir wollen auf allen Ebenen in den
Ausbau
129 guter Schulen und Kitas investieren. Dafür müssen wir mehr Lehrer*innen und
Erzieher*innen
130 gewinnen und ausbilden. Indem wir mit einer sozialen Politik zum Beispiel für
bezahlbaren
131 Wohnraum und gute Löhne sorgen, sichern wir den Zusammenhalt der Gesellschaft
und entziehen
132 rechten Populist*innen, die Menschen gegeneinander ausspielen und unsere
Gesellschaft
133 versuchen zu spalten, den Nährboden.

134 3. **Integrationsoffensive starten**

135 Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen. Mit
einem
136 "Integrationsbündnis" wollen wir aufzeigen, wie Integration und der Weg in den
Arbeitsmarkt
137 nachhaltig gelingen kann. Dazu gehört insbesondere die enge Einbindung von
Akteur*innen aus
138 der Wirtschaft und Gewerkschaften. Denn damit Integration wirklich gelingen kann,

braucht es
139 eine ebenenübergreifende Strategie vom Bund bis zur Kommune und ein gebündeltes
Vorgehen.
140 Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass Menschen sich schnell einleben
und
141 ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse von Anfang an verfügbar sein,
142 flächendeckend ausgebaut, geschlechtergerecht ausgestaltet und zuverlässig
finanziert
143 werden. Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte in Integrations- und
Berufssprachkursen wollen
144 wir durch Tarifbindung verbessern und die bessere finanzielle Ausstattung der
145 Sprachkursträger gewährleisten. Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an
146 Integrationskurse mit Kinderbetreuung in den Blick, damit auch Sorgeberechtigte
teilnehmen
147 können. Wir wollen auch, dass mehr Sprachkurse in den Abendstunden angeboten
werden, sodass
148 sie berufsbegleitend wahrgenommen werden können. Die Migrationsberatung wollen
wir stärken.
149 Die Beratung muss direkt zu Beginn starten – etwa durch Angebote in den
150 Erstaufnahmeeinrichtungen.
151 Menschen, die bereits Familienangehörige oder andere Anknüpfungspunkte haben,
sollen bei
152 ihnen oder in deren Nähe unterkommen können. Damit entlasten wir den
Wohnungsmarkt und
153 fördern die Integration von Beginn an. Der unbürokratische Umgang mit den
Geflüchteten mit
154 ukrainischer Staatsbürgerschaft hat gezeigt, wie so schnell Entlastung geschaffen
werden
155 kann. Die dezentrale Unterbringung sollte immer Vorrang haben.
156 Der Absenkung von Sozialleistungen stellen wir uns entgegen, denn unsere Verfassung
setzt
157 hier mit Blick auf Asylbewerberleistungen zu Recht einen hohen Standard, der zu
beachten
158 ist: Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums ist als
Menschenrecht
159 garantiert. Wir wollen Integration, Bildungschancen von Kindern, soziale Teilhabe und
eine
160 gute medizinische Versorgung sicherstellen. So ermöglichen wir es Menschen, gut bei
uns
161 anzukommen.
162 Wir investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt – sowohl für bereits
hier
163 lebende als auch für ankommende Menschen. Rassismus und Ausgrenzung stellen wir
uns
164 entschieden entgegen. Den unermüdlichen Einsatz der Zivilgesellschaft erkennen wir

an und
165 wollen sie stärker unterstützen.

166 4. **Menschen, die zu uns kommen, Chancen bieten und in Arbeit bringen**

167 Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen. Unternehmen suchen händeringend nach
168 Mitarbeiter*innen , während es für viele Geflüchtete schwierig, oder zum Teil sogar
verboten
169 ist, eine Arbeit aufzunehmen. Arbeitserlaubnisse sollten zügig erteilt werden ohne
170 bürokratische Hürden, wie zum Beispiel Zustimmungserfordernisse durch die Ämter.
Die
171 Gleichbehandlung beim Lohn muss weiterhin gewährleistet werden. Wer hierher
kommt, soll
172 seinen Lebensunterhalt auch so schnell wie möglich selbst bestreiten können. Das
leistet
173 einen Beitrag im Kampf gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel, fördert frühzeitig
174 Integration und Teilhabe und sorgt für Einnahmen in den öffentlichen Kassen. Ab dem
Erhalt
175 der Arbeitserlaubnis sollen Geflüchtete in den Jobcentern bei der Arbeitsaufnahme
beraten
176 und unterstützt werden. Das breite Angebot an Fördermöglichkeiten und Qualifizierung
wollen
177 wir zudem individuell und verbindlich mit dem Spracherwerb verknüpfen, denn die
Kombination
178 von beruflicher und sprachlicher Qualifizierung verbessert die Chancen auf dem
Arbeitsmarkt.
179 Der stärkste Motor für Integration war und ist Arbeit und Beschäftigung. Dafür haben
wir die
180 Möglichkeit eines Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration
181 geschaffen und damit bereits hier lebenden Menschen einen Zugang zum
Arbeitsmarkt
182 ermöglicht. Mit dem Chancenaufenthaltsgesetz und dem
Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist der
183 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir begrüßen außerdem die von der Bundesregierung
in den
184 Verhandlungen zum Migrationspaket geplanten Erleichterungen bei der
Arbeitsmarktintegration,
185 zum Beispiel durch die Änderung der Stichtagsregelung bei der
Beschäftigungsduldung oder die
186 Lockerung von Arbeitsverboten, die eine deutliche Verbesserung bedeuten. Daran
arbeiten wir
187 weiter.

188 5. **Verfahren verbessern und beschleunigen**

189 Wir wollen für schnellere und faire Verfahren ("fast and fair") – und damit für Klarheit
für
190 Betroffene wie für die Kommunen sorgen. Menschen, die Schutz suchen, bekommen so
schneller
191 Gewissheit darüber, ob sie bleiben können. Zugleich muss die Qualität der
Entscheidungen

192 verbessert werden und weiterhin für eine rechtssichere Ausgestaltung der Verfahren
193 gesorgt
194 werden. Dazu gehört auch das Recht auf persönliche Anhörung und die Möglichkeit,
195 Rechtsmittel einzulegen. Wir wollen, dass Verfahren vereinfacht, angepasst und
196 digitalisiert
197 werden. Dazu zählt insbesondere der Datenaustausch zwischen den beteiligten
198 Behörden durch
199 eine einheitliche bundesweite IT-Plattform, die zum Beispiel eine bessere Verteilung
200 ermöglicht. Unnötige Bürokratie muss beendet werden. Aufenthaltserlaubnisse sowie
201 Visa für
202 Erwerbs- und Bildungsmigration sollen für längere Zeiträume erteilt werden, damit
203 nicht
204 ständig Verlängerungen vorgenommen werden müssen. Antragstellungen sollten
205 leichter und
206 digitalisiert ablaufen. Hier gehen wir mit der Visadigitalisierung bereits wichtige
207 Schritte. Berufsabschlüsse wollen wir schneller und unbürokratisch anerkennen. So
208 entlasten
209 wir die Behörden und schaffen Ressourcen. Das Bundesamt für Migration und
210 Flüchtlinge
211 (BAMF), die Einwanderungs- und Ausländerbehörden der Länder, die deutschen
212 Auslandsvertretungen sowie die Verwaltungsgerichte müssen personell besser
213 aufgestellt
214 werden. Dafür braucht es auch mehr Mittel. Wir kritisieren eine Verpflichtung von
215 Geflüchteten an der derzeitigen Praxis zur Passvergabe der syrischen Botschaft
216 mitzuwirken,
217 denn sie sorgt für eine unnötige Verzögerung der Prozesse. Schutzsuchende müsse
218 Zugang zu
219 Asylverfahrens- und Sozialberatung haben.

209 6. **Rückführungen rechtsstaatlich und menschenwürdig durchführen**

210 Rückführungen müssen rechtsstaatlich durchgeführt werden. Nicht jeder, der nach
211 Deutschland
212 kommt, kann bleiben. Wer beispielsweise vor politischer Verfolgung flieht, hat ein
213 Recht auf
214 Schutz. Wer nach individueller Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche
215 Voraussetzungen
216 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat und bei
217 denen
218 keine Abschiebungshindernisse entgegenstehen, muss zügig wieder ausreisen. Dafür
219 braucht es
220 funktionierende und menschenwürdige Regeln auch im Bereich der Rückführungen,
221 die stets
222 rechtsstaatliche Standards sicherstellen. Die freiwillige Rückkehr hat für uns Vorrang.
223 Ausreisepflichtige, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung
224 ihrer
225 Strafe prioritär zurückgeführt werden. Da, wo Rückführungen notwendig sind, müssen
226 sie auch
227 vollzogen werden können. Sie sollen dabei stets dem Grundsatz der
228 Verhältnismäßigkeit
229 folgen, und einem effektiven Grund- und Menschenrechtsschutz folgen. Das ist unsere
230 Leitschnur. Gerade auch für das Rückführungsverbesserungsgesetz, das ohnehin nur
231

eine
222 geringfügige Entlastung bewirken wird. Der rechtsstaatliche Schutz im Verfahren,
sowie
223 besonders der Schutz vulnerabler Gruppen sowie von Familien und Kindern muss stets
224 sichergestellt sein. Es braucht auch eine deutlich bessere psychosoziale Begleitung vor
und
225 während der durchgeführten Abschiebungen.

226 7. **Migrationsabkommen abschließen**

227 Wir wollen Migration besser ordnen und steuern. Dafür wollen wir
menschenrechtsbasierte
228 Migrationsabkommen abschließen, die helfen, bessere Lebensbedingungen vor Ort zu
schaffen
229 und sichere und geordnete Migration zu ermöglichen. Denn eine erfolgreiche
230 Migrationspolitik, die auch besser steuert, kann nur gelingen, wenn wir mit Herkunfts-
und
231 Transitstaaten verstärkt zusammenarbeiten. Mit Visaerleichterungen und
232 Ausbildungspartnerschaften erhalten Partnerstaaten eine Aussicht auf legale Migration
und
233 garantieren im Gegenzug beispielsweise eine sichere Rückkehr ihrer
Staatsangehörigen. Nur
234 durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz für die Vereinbarungen,
Rückführungen und
235 geordnete und sichere Migration geschaffen werden. Mehr geregelte Migration
ermöglicht
236 weniger unregelmäßige Migration. Das ist nicht nur im Interesse der Betroffenen, die
zumeist
237 keine Alternative zur lebensgefährlichen Flucht haben. Sie ist vor allem auch im
Interesse
238 Deutschlands, beispielsweise weil wir und unsere Wirtschaft auf zusätzliche Fach- und
239 Arbeitskräfte angewiesen sind. Uns ist wichtig, die Interessen der Partnerstaaten nicht
aus
240 dem Blick zu verlieren und beispielsweise einen Braindrain zu verhindern. Es müssen
nun
241 schnell tragfähige Abkommen durch den Sonderbevollmächtigten der
Bundesregierung
242 ressortübergreifend koordiniert und abgeschlossen werden. Die Auswirkungen solcher
Abkommen
243 wollen wir kontinuierlich evaluieren. Die aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist
244 dabei zentral. Auswirkungen solcher Abkommen wollen wir kontinuierlich evaluieren
und bei
245 negativen Auswirkungen gegensteuern.

246 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine
247 Probleme. Staaten, in denen Minderheiten systematisch verfolgt werden, sind nicht
sicher.

248 Der Deutsche Bundestag hat noch im Januar den Genozid an den Jesid*innen durch
den
249 sogenannten "Islamischen Staat" anerkannt. Daraus erwächst für uns eine besondere
250 Verantwortung gegenüber den Opfern. Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak

stellen wir

251 uns darum entgegen. Wir treten dafür ein, dass Bund und Länder alle rechtlichen
Mittel
252 ausschöpfen, um Abschiebungen von Jesid*innen zu verhindern Die Möglichkeit der
Rückkehr von
253 abgeschobenen Jesid*innen soll geprüft werden. Gleichzeitig streben wir an im
254 Aufenthaltsgesetz eine rechtssichere Bleibeperspektive für Jesid*innen zu schaffen.

255 **8. Gemeinsame europäische Migrationspolitik vorantreiben**

256 Wir wollen ein wirksames gemeinsames europäisches Asylsystem entwickeln. Europa
ist stark
257 und handlungsfähig, wenn es zusammensteht. Wir müssen in Europa gemeinsam an
einer
258 rechtsbasierten und lösungsorientierten Flüchtlingspolitik arbeiten. Wir stehen zu
unseren
259 völkerrechtlichen und europäischen Verpflichtungen. Wir erwarten dabei allerdings
auch, dass
260 andere EU-Staaten ihre Verpflichtungen einhalten. Der Asylantrag von Menschen, die
in der EU
261 ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden. Wir wollen
eine
262 faire Verteilung von Schutzsuchenden. Deutschland hat in den letzten Jahren sehr viele
263 Geflüchtete aufgenommen. Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, an
den
264 Außengrenzen registriert werden und es zu einer fairen Verteilung in Europa kommt.
Dafür
265 müssen auch andere europäische Länder mehr Verantwortung übernehmen. Unser Ziel
ist ein
266 verbindlicher Verteilmechanismus von Schutzsuchenden. Auf dem Weg dorthin soll ein
267 dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher Solidaritätsmechanismus die Verteilung
268 maßgeblich verbessern. In den derzeitigen Verhandlungen zur Reform des
Gemeinsamen
269 Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir uns für ein funktionierendes,
menschenwürdiges
270 System, in dem Familien und Kinder sowie vulnerable Gruppen besonders geschützt
werden,
271 sowie für eine verbindliche Verteilung und Rechtsdurchsetzung ein. Grenzverfahren
dürfen
272 nicht dazu führen, dass weitere Haftlager wie Moria an den Außengrenzen entstehen,
die die
273 Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Der Entrechtung von
Menschen, die durch
274 autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, stellen wir uns entgegen. In
Krisensituation
275 wollen wir Menschen in Not helfen und nicht ihre Rechte beschränken. Wir werden in
enger
276 Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und
277 Regierungsmitgliedern für Verbesserungen bei den GEAS-Verhandlungen kämpfen.
Auch das
278 Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten. Unsere jeweiligen Positionierungen zu den

279 Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter dem Strich
Verbesserungen in der
280 Europäischen Asylpolitik und auch für Europa stehen. Die Einführung des auch in
281 Großbritannien gescheiterten Ruanda-Modells lehnen wir entschieden ab.

282 9. **Menschenrechte auch an den EU-Außengrenzen durchsetzen**

283 Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden - sie sind
284 unverhandelbar. Der menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten an den
europäischen
285 Außengrenzen ist unhaltbar, er sorgt für Leid und Chaos. Menschenrechte werden
verletzt,
286 ordentliche Verfahren sind nicht gewährleistet. Auch aus diesem Grund fliehen viele
Menschen
287 innerhalb Europas weiter. So kann es nicht weitergehen. Wir wollen deshalb Regeln in
Europa
288 schaffen, die rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufnahmen und Verfahren
sicherstellen.
289 Wir wollen, dass Menschenrechte an den Außengrenzen überwacht und Menschen
zuverlässig
290 registriert werden. Menschenrechtsverstöße müssen konsequent sanktioniert werden.
291 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die
zunehmend von
292 europäischen Beamt*innen übernommen werden sollten. Deswegen wollen wir Frontex
293 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an
294 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent
und zeitnah
295 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf
es
296 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen
uns dafür
297 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen
Parlamenten
298 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss
einfacher
299 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise
durch eine
300 eigene Haftungsgrundlage.

301 10. **Seenotrettung stärken**

302 Wir wollen das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Die Seenotrettung ist eine
rechtliche und
303 humanitäre Verpflichtung, die wir aus tiefer Überzeugung unterstützen. Allein in
diesem Jahr
304 sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 2.500 Menschen beim
Versuch, das
305 Mittelmeer zu überqueren, gestorben oder gelten als vermisst. Die EU als
Wertegemeinschaft
306 darf dem Massensterben in den Meeren nicht tatenlos zusehen, sondern muss es

beenden. Es
307 braucht endlich eine europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und
ausreichend
308 finanzierte Seenotrettung. Die Förderung der zivilen Seenotrettung durch den Bund ist
ein
309 wichtiger und richtiger Beitrag; wir treten jedoch weiter für eine EU-
Seenotrettungsmission
310 ein. Die Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache wollen wir endlich beenden.
Wir treten
311 einer Kriminalisierung und Behinderung von Seenotrettungsorganisationen
entschieden
312 entgegen. Nationale oder internationale Rechtsverschärfungen, die darauf abzielen,
die
313 Seenotrettung zu erschweren, tragen wir nicht mit.

314 11. **Fluchtursachen bekämpfen**

315 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden
Ansatz
316 gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die wichtigsten
Auslöser sind
317 bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen
Gründen.
318 Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in
319 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen. Die
Klimakrise
320 ist an vielen Orten längst Realität. Trotz all unserer Anstrengungen wird diese Krise
321 Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen. Historisch betrachtet tragen die
westlichen
322 Industriestaaten eine besondere Verantwortung. Europa sollte zusammen mit anderen
323 Industriestaaten vorangehen und Prozesse unterstützen, in denen mit betroffenen
Staaten über
324 internationale Regulation im Rahmen des Völkerrechts zum Umgang mit
klimabedingter
325 Migration, Flucht und Vertreibung sowie zum Zugang zu internationalem Schutz
beraten wird
326 und klimagerechte Lösungen gefunden werden. Die EU sollte die betroffenen Staaten
bei den
327 notwendigen Anpassungsmaßnahmen zur Schaffung von Klimaresilienz sowie einem
Fonds für
328 Verluste und Schäden der Klimakrise unterstützen. Die allermeisten Menschen, die ihre
Heimat
329 verlassen müssen, sind Binnenvertriebene oder finden Zuflucht in den jeweiligen
330 Nachbarstaaten. Mit dem Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie
strukturbildender
331 Übergangshilfe in Krisenregionen können wir Menschen – darunter auch Geflüchtete
und
332 Binnenvertriebene – in ihrer akuten Notlage unterstützen. So tragen wir dazu bei, das
Leid
333 unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,
sowie mit
334 fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der

Lebensperspektiven

335 beitragen; die Bereitstellung von Stabilisierungsmitteln trägt zur Krisen- und
336 Konfliktprävention bei.